Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5958

05. 11. 96

Antrag

der Abgeordneten Rita Grießhaber, Waltraud Schoppe, Gila Altmann (Aurich), Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Marieluise Beck (Bremen), Annelie Buntenbach, Amke Dietert-Scheuer, Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Uschi Eid, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Monika Knoche, Steffi Lemce, Dr. Angelika Köster-Loßack, Dr. Helmut Lippelt, Kerstin Müller (Köln), Christa Nichels, Gerd Poppe, Simone Probst, Halo Saibold, Irmingard Schewe-Gerigk, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Menschenrechte von Frauen in Afghanistan wiederherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist über die Eroberung von Kabul und weiterer afghanischer Provinzen durch die von Pakistan unterstützten Taliban-Milizen zutiefst besorgt. Die aktuelle Zerstörung der einzigen wirklich städtischen Kultur in Afghanistan betrifft in besonderem Maße die praktisch nur noch dort vergleichsweise unabhängige Stellung der Frauen, die in den bislang schon von den Taliban eroberten Provinzen Afghanistans bereits seit längerer Zeit völlig entrechtet sind. Die Überfälle auf und die körperliche Züchtigung von Frauen, die Schließung der Mädchenschulen sowie das Verbot für Frauen, ihre Berufstätigkeit fortzusetzen, sind eine extreme Verletzung grundlegender Menschenrechte, die die Staatengemeinschaft nicht hinnehmen darf. Von den Berufsverboten sind vor allem die in großer Zahl gerade nach Kabul geflohenen Frauen betroffen, die als Kriegswitwen ihre Familien allein unterhalten müssen. Ihr Überleben und das ihrer Kinder ist durch das terroristische Vorgehen der Taliban-Milizen existentiell bedroht. Die Folgen der zugleich stattfindenden Trennung des Landes entlang ethnischer Grenzen sind für die gesamte Region bedrohlich.

Angesichts dieser Entwicklung begrüßt der Deutsche Bundestag die Haltung der Vereinten Nationen und ihres Generalsekretärs, die Fortsetzung der Wiederaufbauhilfe für Afghanistan von der Aufhebung des faktischen Berufsverbotes für Frauen abhängig zu machen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– mit allen geeigneten Maßnahmen auf europäischer Ebene und durch tatkräftige Unterstützung der VN dazu beizutragen, daß die elementaren Menschenrechte wiederhergestellt, und – eingedenk der auch von Afghanistan gezeichneten bzw. ratifizierten Menschenrechtskonventionen, gerade auch zur Besei-

tigung der Diskriminierung von Frauen – die vollständige Verbannung der Frauen aus dem öffentlichen Leben in den von den Taliban kontrollierten Gebieten Afghanistans aufgehoben wird;

– sich im Rahmen der VN dafür einzusetzen, daß Rosario Green als VN-Sonderberichterstatterin für Frauenrechte mit der Untersuchung der Lage der Frauen in Afghanistan beauftragt wird und dazu mit Norbert Holl, dem VN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, eng zusammenarbeitet;

– eine Politik der äußersten Zurückhaltung bei der Aufnahme von Kontakten zu dem neuen Regime zu verfolgen und sich – analog zur Haltung anderer europäischer Partner – im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union für eine solche Strategie einzusetzen.

Bonn, den 5. November 1996

Rita Grießhaber
Waltraud Schoppe
Gila Altmann (Aurich)
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Marieluise Beck (Bremen)
Annelie Buntenbach
Amke Dietert-Scheuer
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Monika Knoche
Steffi Lemce
Dr. Angelika Köster-Loßack
Dr. Helmut Lippelt
Christa Nichels
Gerd Poppe
Simone Probst
Halo Saibold
Irmingard Schewe-Gerigk
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333